

Zuschuss bei EU-Kommission beantragt?

SPD zweifelt / „Nach Möglichkeit suchen, dass die Regulierungsbehörde gasisolierte Leitung als Pilotprojekt anerkennt“

HARPSTEDT/COLNRADE • Hat die E.ON Netz GmbH für den Fall, dass die 380-KV-Stromleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe unterirdisch und mit einem Gasgemisch als Isolator verlegt werden sollte, wirklich einen Zuschuss bei der EU-Kommission beantragt, wie Dr. Christian Schneller (E.ON) im Mai im Landtag verlauten ließ? Die SPD-Samtgemeinderatsfraktion hat da so ihre Zweifel, denn seit der Anhörung in Hannover sind sieben Monate ohne Reaktion vergangen...

Darüber sprachen die SPD-Samtgemeinderatsmitglieder Heinz-Jürgen Greszik, Anne Wilkens-Lindemann und Hermann Bokelmann am Freitag mit dem neuen SPD-Europaabgeordneten Matthias Groot (3.v.l.) im Hotel „Zur Wasserburg“. Der Diplom-Wirtschaftsingenieur, auch Mitglied im EU-Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, erwies sich als sehr fachkundig und versprach, die EU-Kommission schriftlich um Auskunft zu bitten, ob der Zuschuss beantragt ist.

Frank Windhorst aus dem Vorstand der Interessenge-



Mit dem Europaabgeordneten Matthias Groot (3.v.l.) sprachen Frank Windhorst von der IG „Vorsicht, Hochspannung“ sowie Hermann Bokelmann, die Landtagsabgeordnete Renate Geuter, Anne Wilkens-Lindemann und Heinz-Jürgen Greszik (von links nach rechts).

meinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“ nahm an dem Gedankenaustausch teil. Er kritisierte, dass E.ON noch immer eine Freileitung plant und aus dem Strommastenbruch-Desaster nach dem Wetterchaos im Münsterland keine Lehren ziehe: „Wir wurden von E.ON belächelt, wenn wir auf die Anfälligkeit von Freileitungen bei Naturkatastrophen hinwiesen.“ Die SPD-Landtags-

abgeordnete Renate Geuter, ebenfalls bei dem Ortstermin dabei, forderte, die Landesregierung müsse bei der Auswertung des ForWind-Gutachtens die Erkenntnisse aus dem Münsterland berücksichtigen: „Stand der Technik ist nicht die Freileitung, sondern die unterirdische gasisolierte Leitung, die GIL, für deren Verlegung auch kein Planfeststellungsverfahren erforderlich ist.“ Versor-

gungssicherheit und Schutz der Bevölkerung sprächen eindeutig für eine GIL, unterstrich Frank Windhorst: „Unter Berücksichtigung aller geplanten 850 Kilometer Leitungen macht das für einen Vier-Personen-Haushalt nicht einmal 30 Cent monatlich aus.“

Die E.ON Netz GmbH sperrt sich gegen eine GIL, weil sie die Mehrkosten nicht umlegen kann. Her-

mann Bokelmann bat daher Matthias Groot: „Suche mit Garrelt Duin, der im Wirtschaftsausschuss des Bundestages ist, nach einer Möglichkeit, dass die Regulierungsbehörde diese Leitung als Pilotprojekt anerkennt, um die zusätzlichen Kosten auf die Netznutzungsentgelte umlegen zu können!“

Schon im Interesse der Gleichbehandlung mit der Y-Trasse sei das Raumord-

nungsverfahren auszusetzen, forderte SPD-Samtgemeinderatsfraktions-sprecher Heinz-Jürgen Greszik und nannte den neuen CDU-Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke eine „Schlüssselfigur“ an entscheidender Stelle in Hannover: „Den müssen unsere Mitstreiter von CDU und FDP überzeugen!“

Dass weiter gekämpft wird, machte Anne Wilkens-Lindemann deutlich: „Wir lassen uns von E.ON nicht durch Alternativ-Trassen entzweien und resignieren auch nicht.“ Auch der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Rainer Timmermann, spricht sich gegen Freileitungen aus. Seine Forderung zum Schutz der Bürger lautet: „Stromautobahnen müssen unter die Erde!“